

Bericht über die Schulausschuss-Sitzung der Stadt Oldenburg vom 06. Juli 2021

Begrüßung durch den Ausschuss-Vorsitzenden, Herrn Ellberg (SPD).

TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit. Die Sitzung ist beschlussfähig.

TOP 2 Genehmigung der Tagesordnung. Die Tagesordnung wurde genehmigt, ergänzt um den Antrag zu TOP 7 der CDU-Fraktion.

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 03/21 vom 01.06.2021. Genehmigt.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

- Frau Marsch – hat zwei Kinder in städtischen Schulen – hat im Mai eine Petition gestartet, die bisher 1.500 Unterschriften hat. Letzte Woche Klage eingereicht gegen das Land Niedersachsen, in der Trennwände, mobile Luftfilteranlagen und zusätzliche Fahrzeuge im ÖPNV gefordert werden. Gericht soll nächste Woche über den Eilantrag entscheiden. Frage: Wie sollen alle Schüler, nicht nur Grundschüler, bei der Verteilung von mobilen Luftreinigern berücksichtigt werden? Wann genau ist eine Ausstattung aller Klassen geplant?
- Frauke van Geuns – Frage wie Frau Marsch, welchen Plan gibt es für die sukzessive Ausstattung aller Schulräume?

Die Fragen der Einwohner werden bei der Diskussion des TOP 7 adressiert werden.

TOP 5 Sachstand: Coronaschutzmaßnahmen in der Schullandschaft – mündlicher Bericht von Herrn Welp

Seit 31.05.2021 befinden sich die Oldenburger Schulen im Szenario A, seit Wochen auch ohne die Pflicht einer MNB im Unterricht.

Auf der letzten Ratssitzung wurde ein Sonderfond in Höhe von 150.000 € beschlossen. Die Stadt möchte hiermit ad-hoc Maßnahmen der Schulen ermöglichen, da die angekündigten Mittel der Landes- und Bundesprogramme erst nach den Sommerferien zur Verfügung stehen werden. Die Förderverwendung für das städtische Programm wurde absichtlich vage gehalten, um den Schulleitungen größtmögliche Flexibilität zu gewähren. Die Gelder sind dafür gedacht, Gemeinschaft zu stärken und soziale Aspekte des Schullebens zu fördern, nicht um Lernrückstände aufzuholen. Zum Programm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche für die Jahre 2021 und 2022“ steht die Stadt in regem Austausch mit dem Land. Die Förderbescheide sollen bis Ende der Sommerferien vorliegen.

TOP 6 Aufnahmeverfahren der 5. Klassen an den städtischen weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2021/2022

Vorlagen anbei.

Ratsherr Klöpffer (Die Linke/Piratenpartei) wirft der Verwaltung vor, die Zahlen manipulativ darzustellen. Er würde jedes Jahr darauf hinweisen, dass es das große Problem gäbe, dass in Oldenburg viel mehr Schüler eine IGS anwählen als diese dann besuchen dürfen. Er erklärt dass seiner Meinung nach die bestehenden OBS nur in dieser Anzahl existieren, weil so viele Schüler von den IGS abgelehnt werden. Wenn alle Anmeldewünsche erfüllt würden, müsste es eine weitere IGS geben.

Zudem moniert er, dass es auffällt, wie wenig Inklusionskinder Gymnasien besuchen und dass hier dringend Nachbesserung notwendig sei.

Elternvertreterin Geraldine Dudek antwortet Herrn Klöpffer „ebenfalls wie jedes Jahr“, dass die Eltern nicht eine Schulform anwählen, sondern spezifische Schulen. Das Argument, dass ausreichend Interesse an einer weiteren IGS besteht, kann nicht aufrecht erhalten werden, denn die 24 Kinder, die von der HLS abgelehnt wurden, haben eben gerade keine andere IGS als Zweitwunsch gewählt, sondern jeweils ein Gymnasium. Geraldine plädierte dafür, „ein hervorragend funktionierendes System nicht kaputt zu machen“.

Ratsherr der SPD-Fraktion: Herzlichen Dank an Frau Dudek für ihre Bemerkungen. Der Schulentwicklungsplan wurde vor einigen Jahren gemeinsam erarbeitet und 2018 dem Rat vorgestellt, dieser müsse nicht in Frage gestellt werden.

Um eine weitere IGS einzurichten, müssten alle Leistungsgruppen in ausreichender Zahl Interesse haben. Es fehlen aber die Schüler der Leistungsgruppe 1, um den angestrebten Querschnitt gemäß der sonstigen Verteilung in der Stadt Oldenburg zu erreichen.

Herr Welp: Professor Habeck, der die mehrjährige Studie leitete, auf der der Schulentwicklungsplan basiert, lobte die in Oldenburg ganz besondere Schullandschaft.

Eine IGS muss – um dem Sinne nach eine IGS zu sein – alle drei Leistungsgruppen durchmischte haben. Die Ablehnungen der HLS gingen aber ausschließlich an Schüler der Leistungsgruppen 2 und 3.

Mehrere Redner führten an, dass eine IGS mit nur Schülern der Leistungsgruppen 2 und 3 eben gerade keine IGS, sondern lediglich eine OBS mit anderem Namen und ohne eine Oberstufe wäre.

Herr Welp bat darum, nicht die Debatte über Schulformen zu führen, sondern sich den Herausforderungen widmen, die sich manchen Schulen stellen. Vor allem die OBS sehen sich mit großen Herausforderungen konfrontiert und die Diskussion solle doch darauf abstellen herauszufinden, wie man den OBS helfen könne.

Ratsfrau Hufeland (Bündnis 90/Die Grünen): IGS ist eine gute Schulform und es ist sehr schade, dass nicht alle Kinder ihren Wunsch nach einer IGS erfüllt bekommen. Aber das Augenmerk sollte darauf gelenkt werden, wie man als Schulträger eine bessere Verteilung unterstützen können, welche Instrumente für eine gerechtere Verteilung, Erfüllung von Förderbedarfen und Unterstützung für Schüler mit Migrationshintergrund zur Verfügung.

TOP 7 Luftfilteranlagen in öffentlichen Gebäuden der Stadt Oldenburg (siehe Anlagen)

Die CDU-Fraktion bringt eine Tischvorlage ein als Antrag (siehe Anlage)

Ratsfrau Eickhoff nimmt Stellung zum Bericht der Stadt. Dieser sei sehr enttäuschend bezüglich der Bewertung der Einführung mobiler Luftfilteranlagen. Die CDU-Fraktion begrüßt, dass in der heutigen Sitzung ein Beschluss gefasst werden soll. Es muss kurzfristig gehandelt werden. Die Eltern hätten Angst. Die Fraktion möchte mobile Luftreinigungsanlagen anschaffen lassen, aber nicht nur für die Jahrgänge 1 – 4, sondern für alle Kinder unter 16, in Anbetracht der zunehmenden Verbreitung der Delta Variante und der nicht empfohlenen Impfungen für unter 16-jährige.

Der Vorsitzende und Ratsfrau Eickhoff besprechen, wie der Antrag der CDU-Fraktion eingebracht werden soll.

Punkt 1 des Beschlusses soll so gefasst werden wie von der Verwaltung vorgeschlagen.

Punkt 2 soll durch den Antrag der CDU-Fraktion ersetzt werden, so dass eine Priorisierung in der Ausstattung der Schulen besteht.

Zudem sollen die Anlagen bis zum Schulbeginn Anfang September angeschafft sein und der Kostenrahmen für die Geräte soll erweitert werden. Ein fixer Zeitplan fehlt in der Vorlage der Stadt. Das Ziel des Antrages der CDU-Fraktion ist, einen sicheren Schulstart nach den Ferien zu ermöglichen und durch das Schuljahr hindurch mehr und mehr Anlagen zu installieren.

Ratsherr Prof. Dr. Dr. Zielke (FDP) vergleicht die beiden Beschlussvorlagen. Er meint, die Vorlage der Stadt sei vernünftig. Er stimmt der CDU bei, dass eine Priorisierung für eine umfangreichere Umsetzung sinnvoll sei. Zudem stimmt er der CDU bei, dass es an die Schulen kein Angebot geben soll, sondern dass zentral über die Stadt für alle Grundschulen Anlagen beschafft werden.

Ein Ratsherr der SPD-Fraktion nimmt wie folgt zu den Vorrednern Stellung.

- Der Schulausschuss ist nicht für KITAs zuständig, daher kann hier kein entsprechender Beschluss zur Ausstattung von KITAs gefasst werden.
- Schüler in Klassenräumen sitzen, dort sind ganz andere Geräte einsetzbar als in KITAs, in denen sich viele kleine Kinder ständig im Raum bewegen.
- Geräte für KITAs müssen im Jugendhilfe-Ausschuss beraten werden

Dezernentin Frau Sachse: Seit März 2020 hat sich die Verwaltung viele Gedanken gemacht und die Schulen mit Desinfektionsmitteln und Mitteln zur Durchsetzung der AHA-Regeln ausgestattet.

Eine Herdenimmunität wird erst erreicht, wenn ca. 80 % der Einwohner geimpft sind. Frau Sachse vermutet jedoch, dass relativ bald die StiKo auch eine Impfung für 12-15 Jährige empfehlen wird.

Frau Sache bittet darum, sich nicht nur auf technische Lösungen (Luftreiniger) zu fokussieren, sondern alle Maßnahmen im Blick zu behalten. Luftreiniger allein sind nicht die Lösung.

Ratsfrau Eickhoff erwidert, dass es vor den Sommerferien keine Sitzung des Jugendhilfe-Ausschusses mehr gibt, daher müsse das Thema KITA jetzt mitbehandelt werden.

Es gibt auch Lösungen, die für KITAs geeignet sind.

Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, dass für die Umsetzung die Stadt verantwortlich ist und nicht die Schulleitungen. Ratsfrau Eickhoff moniert, dass OB Krogmann Enttäuschung äußere, dass das Land die Verantwortung auf die Schulträger abwälze, er wiederum versuche, die Verantwortung an die Schulen zu delegieren.

Ratsherr Prof. Dr. Dr. Zielke (FDP) stimmt Frau Sachse weitestgehend zu, zweifelt jedoch an, dass bis zum Winter eine Herdenimmunität erreicht werden wird.

Ratsfrau Piechotta (SPD) fasst die bisherige Diskussion zusammen indem sie feststellt, dass sich alle weitgehend einig sind, dass etwas gemacht werden muss, aber man sich noch nicht über das „wie“ geeinigt habe. Das Ziel aller sei es, dass keine Schulen geschlossen werden müssen, auch wenn die Inzidenzen wieder hochgehen. Nur mit Luftreinigern wäre Corona nicht in den Griff zu bekommen. Ratsfrau Piechotta bezieht sich auf die Aussage von Ratsfrau Eickhoff, dass Eltern Angst hätten und daher etwas unternommen werden müsse. Hier widerspricht Ratsfrau Piechotta und meint, dass Angst bei Entscheidungen ein schlechter Ratgeber sei. Es müssen der Prozess, die Systematik und die Logik hinter den Maßnahmen geklärt sein, dies müsse dann bewertet werden, ob es funktioniert, um dann gegebenenfalls ausgeweitet zu werden.

Ratsfrau Piechotta warnt davor, Unsummen auszugeben, bevor die Effektivität der Luftreinigungsanlagen wissenschaftlich nachgewiesen ist.

Herr Welp gibt zu bedenken, dass zu den vielen anderen Aspekten auch der Arbeitsschutz mitgedacht wurde und werden muss. Nichts erreicht so viel wie Lüften, was auch weiterhin, auch bei Installation mobiler Luftreiniger, regelmäßig durchgeführt werden muss. Luftreiniger können nur ergänzend eingesetzt werden. Unterrichtsräume, die bereits aus der Nutzung genommen werden mussten, weil sie nicht ausreichend gelüftet werden können, werden auch mit Luftreinigern nicht wieder benutzt werden.

„Alles, was in Schule passiert, geht nur MIT Schule“

Die Schulen müssen beteiligt werden. Beispiel GS Bürgeresch: Kinder mit Einschränkungen des Hörvermögens können nichts verstehen, wenn ein Luftreiniger in Betrieb ist. Es ergibt keinen Sinn, ohne individuelle Bedarfe abzustimmen, Luftreiniger anzuschaffen.

Außerdem muss allen bewusst sein, dass Schulschließungen Inzidenz-abhängig angeordnet werden und nicht durch die Ausstattung mit Luftreinigern verhindert werden können.

Bereits heute haben Schulen die Möglichkeit, Luftreiniger zu kaufen, allerdings sind die Bedingungen so eng gefasst, dass dies bisher erst zwei Schulen gemacht haben: AGO und OBS Alexanderstraße.

Herr Welp führt aus, dass bei dem Volumen der EU-Schwellenwert überschritten ist, so dass eine EU-weite Ausschreibung notwendig ist. Die Verwaltung bereitet eine Ausschreibung bereits vor, auch wenn noch kein Ratsbeschluss vorliegt. Selbst wenn alles schnellstmöglich durchgeführt wird, ist es nicht möglich, bei Schulbeginn alle Grundschulen ausgestattet zu haben. Eine Ausstattung kann frühestens Anfang Oktober beginnen.

Ratsfrau Hufeland (Bündnis 90/Die Grünen) spricht der Verwaltung ihren Dank aus, dass eine so gute Arbeit bei der Vorbereitung geleistet wurde. Ihre Fraktion unterstütze die Beschlussvorlage der Verwaltung zu 100 %. Sie bittet darum, Corona nicht zum Wahlkampfthema zu machen. Man solle nicht unrealistisch sein, es ist nicht möglich, alles in den Sommerferien umzusetzen. Ihre Fraktion folgt dem Vorschlag der Verwaltung zur Ausstattung. KITAs sollen nicht in den Beschluss aufgenommen werden, denn es ist zweifelhaft, ob Luftreiniger in KITAs sinnvoll sind.

Frau Hufeland bittet darum, auch die Nachhaltigkeit der anzuschaffenden Anlagen im Auge zu behalten. Es sei fragwürdig, wo diese Anlagen unter welchen Bedingungen hergestellt werden. Die Filter müssen von Fachpersonal gewechselt werden. Wie lange werden diese Anlagen in Betrieb sein? Sie fände es besser, die Gelder für mehr Sozialarbeiter und andere Unterstützung durch die Schulen einzusetzen. Viele Studien hätten gezeigt, dass viele Kinder verunsichert sind und Angst haben. Dieses sollte man eher adressieren als Geräte zu kaufen.

Ratsherr Klöpfer bittet darum, darzulegen, warum es eine Vorlage für das Amt für Schule und Bildung gibt, in der über „Schüler bis 16 Jahren“ geschrieben wird, und eine Vorlage für den EGH, in der über die „Klassen 1-4“ geschrieben wird. Zudem fragt Herr Klöpfer nach den Erfahrungen, die die zwei Schulen gemacht haben, die bereits Geräte im Einsatz haben.

Herr Welp beantwortet die Fragen wie folgt. Das Amt für Schule und Bildung ist für die Anschaffung von Ausstattung der Schulen verantwortlich und daher für die eventuelle Anschaffung von mobilen Luftreinigern. Das EGH ist zuständig, wenn es um bauliche Veränderungen an Gebäuden geht – also um den Einbau von professionellen Raumluftanlagen, die zentral gesteuert werden.

Erfahrungsberichte der beiden Schulen liegen nicht vor. Die Inzidenzzahlen sind viel zu niedrig, um Infektionen an Schulen mit Luftreinigern mit denen an Schulen ohne Luftreinigern zu vergleichen.

Geraldine ergreift das Wort und dankt Frau Hufeland und Herrn Welp für ihre Ausführungen. Besonders die Aussage von Herrn Welp „Schulen müssen mitmachen wollen“ sei zu beachten. Sie

bittet darum zu bedenken, dass die Schulgebäude sehr unterschiedlich sind. In den historischen Schulgebäuden sind z. B. die Räume sehr hoch, so dass die Geräte für ein entsprechendes Volumen ausgelegt sein müssen, um eine Wirkung zu erzielen. Im Sinne der Nachhaltigkeit sind sicher fest installierte Anlagen nachhaltiger und man solle bitte nicht unfassbar viel Geld ausgeben, ohne diese Aspekte zu berücksichtigen.

Ein Ratsherr beurteilt das Konzept der Verwaltung als hervorragend, dennoch bleibt die erste Wahl Lüften und verantwortungsbewusstes eigenes Handeln. Eine schlechte Wartung der Anlagen würde die Luftqualität sogar verschlimmern. Er schlägt vor, Sensoren einzusetzen, diese seien preisgünstig. Aus diesen Gründen lehnt er den Antrag ab.

Ratsfrau Wolff (Bündnis 90/Die Grünen) bittet um Informationen zur Nutzungsdauer der mobilen Geräte, des personellen Aufwands der Filterentsorgung, der Wartung, den Betriebskosten.

Herr Gepken vom EGH antwortet, dass noch keine diesbezüglichen Erkenntnisse vorliegen, die Betriebskosten jedoch sicher erheblich sein werden.

Prof. Dr. Dr. Zielke teilt mit, dass es keine Sensoren für Aerosole gibt, sondern nur für Gaskonzentrationen. Herr Ellberg dankt ausdrücklich für diese Information, die vorher nicht bekannt war.

Ein Redner weist darauf hin, dass Masken ausgesprochen ungesund für Kinder sind, da das ausgeatmete Kohlenmonoxid nicht gut abtransportiert wird. Außerdem müsse der Rat Beschlüsse fassen, die weitmöglichst von der Verwaltung umgesetzt werden, auch wenn dies gegebenenfalls nicht an jeder Schule möglich sein wird.

Ratsfrau Eickhoff reicht den Änderungsantrag durch die CDU-Fraktion erneut ein.

Ratsfrau Piechotta stimmt zu, dass der Startpunkt die Grundschulen sein sollten. Der Antrag der CDU-Fraktion soll jedoch abgelehnt werden.

CDU-Fraktion möchte auch die Grundschulen als Startpunkt nehmen, aber danach alle Schulen ausstatten und dies zentral über die Verwaltung.

Herr Kaiser als Elternvertreter moniert zwei Punkte im Antrag der CDU-Fraktion. 1. „muss“ an jeder Schule umgesetzt werden anstelle von „kann“. 2. Fixer Zeitpunkt ist angegeben – dies sei kritisch, falls es bei der Umsetzung Probleme geben sollte.

Ratsherr Freymuth (SPD) stellt fest, dass seine Fraktion den Antrag ablehnen müsse, da er unrealistisch sei. Er schlägt der CDU-Fraktion vor, den Antrag zurückzuziehen und die Beschlussvorlage der Verwaltung anzunehmen, da diese realistisch sei.

Abstimmung über die Annahme des Antrags der CDU-Fraktion:

Ja: 4
Nein: 12
Enthaltungen: 0

Abstimmung über die Annahme der Beschlussvorlage der Verwaltung:

Ja: 16
Nein: 0
Enthaltungen: 0

Der Schulausschuss schlägt dem Rat vor, die Grundschulen schnellstmöglich mit mobilen Luftreinigern auszustatten!

Der Vorsitzende dankt allen für die Diskussion und merkt an, dass alle Fraktionen die Kinder schützen wollen, aber in einer Pandemie muss man viele Wege beschreiten. Der Verwaltung wird für die Einschaltung eines Instituts gedankt.

Die beschlossene Vorlage wird am 19. Juli in der Ratssitzung zur Abstimmung kommen.

Frau Marsch, Einwohnerin, fragt erneut: „Wann wird über die Anschaffung von mobilen Geräten für die höheren Klassen entschieden?“ Sie schlägt vor, einen fixen Termin für eine Bewertung und danach eine Information an die Bürger zu setzen.

Eine Ratsfrau antwortet, dass man diesen Punkt auf die Tagesordnung einer Schulausschuss-Sitzung setzen wird, nachdem die Anlagen drei bis vier Monate in Betrieb gewesen sein werden.

Die Lehrervertreterin meint, dass die Eltern nach der Effektivität der Anlagen fragen werden.

Frau Sachse antwortet erneut, dass es extrem schwierig ist, wissenschaftliche Bewertungen durchzuführen, denn dafür bräuchte man hohe Inzidenzen und Schulen mit Anlagen sowie Schulen ohne Anlagen, um einen direkten Vergleich durchzuführen. Abstand halten und Masken hätten schon sehr viel geholfen.

Der Vorsitzende kündigt an, dass er dieses Thema im November oder Dezember auf die Tagesordnung setzen wird. Die Verwaltung wird beauftragt, hierfür eine Abfrage bei den Schulen durchzuführen, wie der Einsatz der Geräte läuft.

Ratsfrau Piechotta merkt an, dass der Beschluss ein wichtiges Zeichen ist und ein Startpunkt.

TOP 8 IGS Außengelände und Sporthalle der IGS Kreyenbrück (Anlagen)

Die SPD-Fraktion hat wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass jetzt ein intensiver Austausch stattfindet. Mit der Mehrzweckhalle und weiteren Maßnahmen entstünde dort etwas „richtig Tolles“.

TOP 9 Anfragen und Anregungen

Ratsfrau Hufeland fragt nach den Auswirkungen des Runderlasses zur „Bildung in nachhaltiger Entwicklung“. Herr Welp wird eine Abfrage bei den Schulen durchführen und berichten.

Die Lehrervertreterin Frau Kroppach-Wallenstein spricht die Benachteiligung an BBS an

- Corona-bedingte Lernrückstände
- Migrationshintergrund
- Sprachkompetenz-Defizite

Und dass viele Schüler keinen Schulabschluss erlangen werden. Das Klientel der OBS ist schwierig und wechselt nach der OBS-Zeit an die BBS. Welche Mittel zur gerechten Verteilung von Schülern bestehen?

Herr Welp antwortet, dass das oberste Primat der Elternwille ist und die Stadt da nicht steuernd eingreifen kann. Solange es freie Plätze gibt, wird der Elternwille erfüllt. Allerdings hat die Stadt in Frau Jäger jemanden, der eine Schuleinstiegsberatung anbietet. In Gesprächen mit Schulleitungen wird diskutiert, wie der Schulträger steuernd eingreifen kann. Diese Möglichkeiten werden immer geringer, da auch die Sprachlernklassen auslaufen.

Herr Welp wird Frau Jäger zu einer Sitzung einladen und das Thema „Übergang Schule – Beruf“ auf die Tagesordnung setzen. Zudem sollen die Leitungen der OBS berichten.

Ratsherr Schilling (CDU) fragt nach dem Stand der Beschaffung digitaler Endgeräte für Lehrkräfte. Herr Welp antwortet, dass dieses Thema noch nicht geklärt ist und weiterhin eine Abfrage läuft. Es ist noch nicht geklärt, wer zuständig ist – Bund, Länder oder Schulträger. Status ist, dass nur 500 € pro Lehrkraft zur Verfügung stehen. Lehrkräfte dürfen diesen Betrag nicht aufstocken. Der Betrag ist nicht ausreichend.

Weitere offene Punkte sind

- Schule erhält Grundausstattung zum Stichtag X – aber was passiert, wenn danach weitere Lehrer kommen?
- Was ist zu tun, wenn Geräte kaputt gehen?

Die Stadt Oldenburg hat entschieden, dass sie als Schulträger dafür bezahlt, zumindest die Software auf die Endgeräte zu bekommen, damit die Lehrkräfte die gleiche Software wie die Schüler haben.

Vor der Sitzung ging eine Anfrage von OBS ein. Kann der Prozess der Bestellung und Bezahlung von Sprachmittlern vereinfacht werden?

Das Verfahren ist momentan sehr aufwendig.

Herr Welp antwortet, dass es bereits Gespräche gibt, den Prozess zu verschlanken, aber da es sich um die Verwendung von Steuergeldern handelt, müssen manche Vorgaben zwingend erfüllt werden.

Positiv sei zu vermerken, dass die Stadt Oldenburg einen Sprachmittler-Pool etabliert habe. Dies sei einzigartig. Die vermehrte Inanspruchnahme von Sprachmittlern während der Corona-Pandemie zeige, wie wichtig es sei, dieses Angebot vorzuhalten.

07.07.2021

Frauke van Geuns

TOP 7.1 Antrag der FDP-Fraktion: Vortrag des Vereins „Mentor Oldenburg – Leselernhilfe Verein“.

Frau Daniela Pfeiffer, Gründerin und Vorstandsmitglied, trägt vor.

Der Verein wurde 2005 gegründet.

Unterstützt werden Kinder, die zu Hause keine Hilfe beim Leselernen erhalten.

Vornehmlich ist der Verein an Grundschulen aktiv, punktuell auch an weiterführenden Schulen. Beginn ist in der 2. Klasse.

50 % der Kinder kommen aus deutschen Familien mit sozial schwierigen Verhältnissen, 50 % der Kinder aus Familien, in denen deutsch nicht die Muttersprache ist.

Eine Teilzeitkraft in der Verwaltung, alle anderen sind ehrenamtlich tätig. Meist rüstige Rentner, zunehmend auch Studenten. Koordinatoren arbeiten auch ehrenamtlich. Finanzierung zu 90 % aus Spenden.

1 Mentor = 1 Kind = 1 Stunde pro Woche. Tandem bleibt mindestens ein Jahr zusammen. Immer zur gleichen Zeit im gleichen Raum in der Schule, meist während der Unterrichtszeit. Kinder brauchen die individuelle Zugewandtheit.

Führt nicht nur zu besserem Lesen, sondern auch zu einem positiven Verhältnis zu Schule, Bildung und einem gestärkten Selbstbewusstsein. Rituale und Verlässlichkeit werden „nebenbei“ eingeübt. Kultur wird vermittelt.

Momentan 200 Mentoren und 250 Kinder. In den 16 Jahren seit Gründung 3.000 Kinder von 500 Mentoren.

Auswahl der Mentoren in einem persönlichen Gespräch. Führungszeugnis erforderlich. Einführungsseminar und unregelmäßige Fortbildungen. Lehrmaterial im Büro erhältlich.

Lehrer empfehlen Kinder mit Förderbedarf. Schulleitung stellt Raum zur Verfügung.

Momentan beteiligen sich 30 Schulen in Oldenburg.

Handwerkskammer stellt seit Jahren kostenlos Büroraum und Infrastruktur, leider kürzlich Umzug ins Dachgeschoss. Sehr kritisch – Suche nach neuem, kostenlosen Büroraum, möglichst zentral. Wer kann helfen.

Momentan größtes Problem die Corona-Krise, durch die seit ca. einem Jahr kein Mentoring mehr stattfinden konnte. Viele Kinder haben das Lesen wieder komplett eingestellt. Oft kein digitales Endgerät außer Handy im Haushalt.

Siehe Anlagen.

Viele Ratsmitglieder danken dem Verein für die hervorragende, wichtige Arbeit.

Frau Pfeiffer bittet die Verwaltung um Hilfe bei der Suche nach Büroraum und bei Unterstützung mit den Schulen. Bei einigen wenigen Schulen musste das Programm wieder eingestellt werden, weil die Schule organisatorisch nicht ausreichend unterstützt hat (keinen Raum zur Verfügung gestellt).

Frage nach Alphabetisierung junger Erwachsener. Verein in Oldenburg hat 2011-2013 an einem Projekt teilgenommen, zusammen mit dem Verein in Hamburg und Frankfurt a. M. Alphabetisierungsprojekt für 16- bis 23-jährige. Hier in Oldenburg hat man niemanden gefunden außer Migranten aus Sprachlernklassen. Dennoch haben wir eine Analphabetenquote von 8 % in der Stadt OL.

TOP 7.2 Antrag der CDU-Fraktion „IT-Entwicklungskonzept für die Schulen in städtischer Trägerschaft“

Siehe Anlagen.

Die CDU-Fraktion beantragt, die Schulen schneller ans schnelle Internet anzuschließen.

Herr Dierkes legt in einem ausführlichen und laien-gerechten Vortrag dar, dass die Stadt bereits sehr weit in der Umsetzung des IT-Entwicklungskonzeptes ist und bis Ende 2022 alle 50 Schulen und 53 Standorte an das schnelle Internet (Glasfaser bis auf 13 Schulen, bei denen die Verlegung eine städtischen Glasfaseranschlusses wirtschaftlich nicht zu verantworten wäre und die daher eine alternative Anbindung erhalten werden) angeschlossen sein werden.

Daraufhin erklärt die CDU-Fraktion ihren Antrag als behandelt.

Im Vortrag wird deutlich, dass der Anschluss an ein schnelles Internet nur der allererste Schritt ist. Mindestens ebenso wichtig sind Themen wie interne LAN- und WLAN-Verkabelung aller Schulgebäude; Installation von Routern; Schaffung einer zentralen und dezentralen IT-Verwaltung mit Benutzerservice und klarer Aufteilung aller Verantwortlichkeiten für z. B. Wartung oder Entstörung mit der Unterscheidung zwischen Hardware und Software; Entscheidung, was bei Stadt, was bei Schule, was bei externen Dienstleistern liegen sollte; eventuelle Personal- und Ressourcenplanungen und nachgelagerte Ausschreibungen; Auswahl und Installation von Software – Admin und Nutzer, sowie die entsprechenden Schulungen an diesen Programmen; Fortbildungen der Lehrkräfte; Digitale Endgeräte und deren Einbindung in die Admin-Systeme; alle Themen rund um Datenschutz und Informationssicherheit müssen geklärt werden; diverse andere Aspekte müssen entschieden und umgesetzt werden. Beispiel Ablösung iServ durch Moodle...

Die Strategie der Stadt als Schulträger ist:

- Aufbau eines professionellen IT-Support-Teams
- Entwicklung des Service- und Betriebskonzeptes (eventuell über KDO)
- BBS Haarentor wird erste Pilotschule

Bei der Hotline wird es ein Ticket-System geben.

Zu klären sind Details wie z. B. Verantwortlichkeiten zwischen zentralem IT-Ansprechpartner der jeweiligen Schule (Papierstau im Drucker...) und dem IT-Support der Stadt.

Abgesehen von den diversen technischen Fragen muss auch das Medien-Entwicklungs-Konzept der Schulen, an dem die Schulen und der Schulträger beteiligt sind, (weiter) erarbeitet werden. Nur Hardware und Software ohne Pädagogik ist nicht zielführend. Außerdem ist dieses Konzept die Voraussetzung, um Gelder aus dem Digitalpakt abrufen zu können.

Hier entwickelt die Uni Oldenburg gegenwärtig mit der Stadt zusammen ein Fortbildungsprogramm für Lehrkräfte zum Thema „Digitales Lernen“, weil Oldenburg im Vergleich mit anderen Kommunen schon so weit ist. Die Schulen leisten hier eine tolle Arbeit. Weiterhin ist positiv hervorzuheben, dass die BBS immer integriert sind.

TOP 8 Anfragen und Anregungen

Fr. Piechotta fragt Frau Sachse, ob das Thema „Entwicklung des Antisemitismus in Oldenburg“ auch im Schulausschuss diskutiert werden sollte, so wie es am Vortrag in der Ratssitzung diskutiert wurde. Man einigt sich darauf, dass das Thema in der Folgeweche im Integrationsausschuss diskutiert werden wird und bei Bedarf auch in die nächste Schulausschusssitzung eingebracht werden würde. Da mehrere Oldenburger Schulen „Schulen mit Courage – Schulen ohne Rassismus“ sind, schlägt Herr Welp vor, dass man diese ggf. einladen könne.

